Dieter Fischer: „Nicht Klütz klagt, sondern das Amt“

Die Klage des Amtes Klützer Winkel gegen das Innenministerium wird heftig diskutiert.

Von Franz Bökelmann und Nick Vogler

Klütz – Der OZ-Bericht von gestern über die Klage des Amtes Klützer Winkel gegen das Innenministeriums sorgt für Aufregung. Streitpunkt ist der angeordnete Beitritt der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen zum Amt. Dass nach Boltenhagen nun auch das Amt mit der Begründung klagt, der Zeitplan sei zu knapp bemessen und die Finanzierung nicht gesichert, wundert Boltenhagens Bürgermeister Olaf Claus. „Dann hätten die sich doch gleich unserer Klage anschließen können. Ich denke, dann hätten wir mehr Rechtssicherheit bekommen“, sagt er. Auch fühle sich Claus vom Amt nicht auf Augenhöhe behandelt.

Der Klützer Bürgermeister Dieter Fischer (parteilos) stellt nach dem Beitrag vor allem klar: „Es ist nicht die Stadt Klütz, die klagt, sondern das Amt Klützer Winkel.“ Zwischen der Stadt Klütz und Boltenhagen sei eine sehr gute Zusammenarbeit herangereift, die er durch die in der Zeitung verknappte Formulierung gefährdet sehe. Inhaltlich stellte er die Klage jedoch auch gestern nicht in Frage. Fischer ist in seiner Funktion als Bürgermeister auch Mitglied des Amtsausschusses Klützer Winkel.

Der Adressat der Klage des Amtes, das Innenministerium in Schwerin, zieht sich ins Schweigen zurück. „Wir sind beklagte Partei und äußern uns nicht zum laufenden Verfahren – weder zur Klage des Amtes noch zur Klage der Gemeinde Boltenhagen“, sagte gestern ein Sprecher. Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Greifswald im von Boltenhagen angestrengten Verfahren wird noch in dieser Woche erwartet. Dass nach Boltenhagen nun auch das Amt Klützer Winkel geklagt hat, sei „bedenklich“, sagt Boltenhagens Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg (CDU). In der aktuellen Situation hätte man der Klage besser einen Lösungsversuch vorziehen sollen, erklärt er. Dass Boltenhagen dem Amt zugeordnet werde, sei zudem sicher – und weil die Verwaltung nicht funktioniere auch notwendig. In der Klage fordert das Amt zudem eine Verschiebung der Fusion um drei Monate. „Das bringt nichts“, betont Schmiedeberg. Begründung: Die Probleme seien im Oktober noch die selben wie jetzt.

> „Die Klage bringt nichts.“
> **Christian Schmiedeberg**